

Banken

BayernLB-Tochter hilft beim Abzocken

Eine Liechtensteiner Bank arbeitete mit dubiosen Geschäftemachern zusammen. In Kanada darf sie deshalb nicht mehr mit Aktien handeln.

Von Uwe Ritzer

Nach heftiger Kritik

BayernLB will sich aus Liechtenstein zurückziehen

Wer ein elektronisches Postfach hat, kennt und verflucht sie: übers Internet verschickte Spam-Mails unbekannter Herkunft, die wundersame Potenzmittel oder Sexspielzeug anpreisen, bisweilen aber auch Wertpapiergeschäfte mit angeblich sagenhaften Gewinnen. Bei letzteren handelt es sich jedoch oft um eine perfide Form des Wertpapierbetruges.

Eine Liechtensteiner Bank, die zum Finanzkonglomerat der [BayernLB](#) gehört, hat solch zwielichtige Aktiengeschäfte in Kanada abgewickelt und mutmaßlich über Provisionen daran mitverdient. Die Finanzaufsicht in der Provinz British Columbia hat sie deshalb vom Wertpapier- und Devisengeschäft ausgeschlossen - "für alle Zeiten", wie es in dem Bescheid heißt, welcher der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt.

"Spam-Aktien"

Zwischen 1. November 2006 und 31. August 2007 hat die Liechtensteiner Alpe Adria Privatbank AG nach den Erkenntnissen der Finanzaufsicht BCSC (British Columbia Securities Commission) über ihre Konten bei elf kanadischen Investmenthäusern 463 Millionen solch fragwürdiger "Spam-Aktien" von mehr als 50 Börsengesellschaften abgewickelt.

Nach Informationen des österreichischen Nachrichtenmagazins Profil handelte es sich "fast ausschließlich um Schundtitel". Das Gesamtvolumen der Transaktionen lag laut BCSC bei 163 Millionen US-Dollar. Die Liechtensteiner Alpe Adria Bank schweigt sich darüber aus, in wessen Auftrag sie die Geschäfte abgewickelt hat.

Im fraglichen Zeitraum war das Geldhaus mit Sitz in Schaan eine hundertprozentige Tochter der in Klagenfurt ansässigen Hypo Alpe Adria Bank International AG (HAAB). Diese hat die BayernLB im vergangenen Jahr für 1,6 Milliarden Euro übernommen. Die entsprechenden Kaufverträge wurden im Mai 2007 unterschrieben; der eigentliche Übergang war im darauffolgenden Oktober.

Dass der Liechtensteiner HAAB-Ableger zu diesem Zeitpunkt bereits in Kanada massiven Ärger mit der Finanzaufsicht BCSC hatte und diese im August 2007 vorläufig sämtliche Wertpapiergeschäfte untersagt hatte, habe man damals nicht gewusst, erklärte

ein BayernLB-Sprecher auf Anfrage.

Auch der Freistaat Bayern, der gemeinsam mit den Sparkassen des Bundeslandes Eigner der BayernLB ist, war offenkundig ahnungslos. "Wir hatten darüber keine Kenntnis", sagte eine Sprecherin des Finanzministeriums. Die HAAB in Klagenfurt wollte sich auf Anfrage nicht äußern. Die kanadischen Finanzwächter waren nur durch Zufall auf die dubiosen Geschäfte gestoßen, als BCSC-Mitarbeiter selbst entsprechende Spam-Mails erhielten und nachforschten.



Viele Problem mit der Tochter Alpe Adria Bank
Foto: ddp

Im Mittelpunkt solch dubioser Angebote stehen in der Regel sogenannte penny stocks. Das sind sehr billige Aktien von Börsengesellschaften, die kaum gehandelt werden, und wenn doch, dann meist auf unregulierten Märkten. Sie sind ein beliebtes Spekulationsobjekt von Finanzhaien. Diese kaufen sie in Massen ein und machen sich anschließend mit Hilfe der modernen Kommunikationstechnik an ihr perfides Werk.

Weltweit werden dann besagte Spam-E-Mails verschickt, in denen scheinbar Insiderinformationen verbreitet werden. Mal geht es um angebliche Großaufträge, dann wieder um bahnbrechende Erfindungen oder große Akquisitionen.

Dergleichen stünde bei den betreffenden Börsengesellschaften unmittelbar bevor und werde, so die Prophezeiung, die Aktienkurse in die Höhe treiben, sobald es bekannt werde.

Wer umgehend Aktien kaufe, könne dementsprechend absahnen, heißt es weiter. Tatsächlich verliert in der Regel viel Geld, wer auf die fingierten Versprechen hereinfällt. Denn kaum dass Anleger mit ihren Käufen die Kurse nach oben getrieben haben, stoßen die Finanzhaie ihre Aktien mit entsprechend hohen Gewinnen ab. Die Kurse sacken ab, und die geprellten Anleger sitzen auf wertlosen Papieren.

"Zuverlässig funktioniert"

Ob - und wenn ja: wie viele - Anleger über die Konten der Liechtensteiner Alpe Adria Bank womöglich geprellt wurden, ist unklar. Direktor Andreas Zogg wäscht seine Hände in Unschuld. Auch nach Aussage der Finanzaufsicht BCSC sei "bisher unklar, ob effektiv ein Marktmissbrauch stattgefunden hat", erklärte Zogg auf SZ-Anfrage. Sein Haus habe keine Rechtsverstöße begangen, und die Kontrollmechanismen hätten "zuverlässig funktioniert". Unmittelbar nach der Information durch die BCSC habe man sich im Sommer 2007 "aus diesem Geschäftsfeld zurückgezogen", so Zogg.

Das Magazin *Profil* schreibt, "in zivilisierten Teilen der Welt" sei es vermutlich einmalig, dass einer Bank von einer Finanzaufsicht auf immer und ewig Wertpapiergeschäfte untersagt werden wie in diesem Fall. Allerdings ist es nicht das erste Mal, dass der Liechtensteiner Ableger der HAAB und damit auch der Muttergesellschaft BayernLB mit obskuren Geschäften auffällt. Ein Prüfbericht der Österreichischen Nationalbank

monierte im Mai 2007 "wesentliche Gesetzesverletzungen" vor allem bei Geschäften in Liechtenstein (die SZ berichtete). Von "erhöhtem Betrugsrisiko" und einem mit Blick auf Geldwäsche "nicht abzuschätzenden Gefahrenpotential" war die Rede.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des durch den Fall Zumwinkel bekannt gewordenen Steuerskandals kündigte die BayernLB im März 2008 an, ihre Tochter HAAB werde sich ganz von der Liechtensteiner Alpe Adria Bank trennen. Bereits zuvor hatte man 51 Prozent der Anteile an eine Investorengruppe um Prinz Michael von und zu Liechtenstein verkauft. Doch für die restlichen 49 Prozent scheint man bislang keinen Käufer gefunden zu haben.

(SZ vom 31.07.2008/hgn)